

# G2B in der E-Government-Strategie Schweiz

Die neue E-Government-Strategie Schweiz ist ein wichtiger Schritt, die E-Government-Aktivitäten der unterschiedlichen föderalen Ebenen gemeinsam und abgestimmt voranzutreiben. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Behördendienste für die Wirtschaft ein. *Jean-Jacques Didisheim*

Von Seiten der Wirtschaft ist die Nachfrage nach elektronischen Behördenleistungen gross, weil sie durch die entstehende Vereinfachung wesentlich von nicht wertschöpfender Arbeit entlastet wird. Mit der dadurch zu erwartenden Effizienzsteigerung innerhalb der Unternehmen profitiert auch der gesamte Wirtschaftsstandort Schweiz. Im internationalen Vergleich ist es für einen Wirtschaftsstandort zunehmend ein Wettbewerbsnachteil, wenn die Behördenkontakte nicht einfach und rasch abgewickelt werden können.

Können Verwaltungsgeschäfte durchgängig elektronisch abgewickelt werden, so entstehen für Unternehmen, Privatpersonen und Verwaltungen in unterschiedlichem Ausmass. Die Erleichterungen zeigen sich im Bürokratieabbau, in Vereinfachungen, mehr Flexibilität, einem 24-Stunden-Betrieb, und es können Kosten gespart werden. Für die Wirtschaft und für die Bevölkerung sollen bessere Dienstleistungen einen zeitlich und örtlich uneingeschränkten, einfacheren Verkehr mit den Behörden sowie mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns ermöglichen. Verwaltungsintern erlaubt der Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) raschere Entscheidungswege, weniger personalintensive Prozesse, eine schlankere Arbeitsorganisation und eine bessere Vernetzung.

## IKT sorgt für Produktivitätszuwachs

Gemäss Schätzung der Europäischen Union sind ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts und rund 50 Prozent(!) des Produktivitätszuwachses der IKT zuzuschreiben. Mit Blick auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit versucht die EU, diesen wachstumsträchtigen Sektor voranzutreiben. Die Strategie für eine Informationsgesellschaft «I-2010» zielt darauf ab, die EU unter Nutzung der IKT zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum umzugestalten und gleichzeitig die



Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde von mehr elektronischen Behördenleistungen profitieren

soziale Integration innerhalb der Gemeinschaft voranzubringen. Im Rahmen von «I-2010» werden auch viele E-Government-Initiativen und Standardisierungen initialisiert. Diese werden die Rahmenbedingungen in internationalen Märkten für die Wirtschaft verändern. Sie werden auch die Schweizer Unternehmen direkt betreffen.

## Weichen stellen

Die Weichen für die zukünftige Entwicklung im E-Government stellen die erste gesamtschweizerische E-Government-Strategie und eine dazugehörige Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen, die

sich zurzeit in der Anhörung befinden. Die Kantonsregierungen und weitere interessierte Kreise sind eingeladen, bis zum 17. November 2006 zu diesen Dokumenten Stellung zu nehmen. Die Strategie entstand unter Federführung des Informatikstrategieorgans Bund. Dies, nachdem der Bundesrat im Januar 2006 das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt hatte, zusammen mit den Kantonen eine E-Government-Strategie Schweiz zu erarbeiten. Sie soll dezentral, aber koordiniert und unter der Aufsicht eines Steuerungsgremiums und einer Geschäftsstelle umgesetzt werden. Die Grundsätze dieser Organisation sollen in der vor-

geschlagenen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit von Bund und Kantonen geregelt werden.

## Verwaltungstätigkeit erleichtern

Ziel der neuen E-Government-Strategie Schweiz ist es, die Verwaltungstätigkeit schweizweit dank dem Einsatz der IKT so effizient, wirtschaftlich und bürgernah wie möglich zu gestalten. Die Strategie wird über konkrete Umsetzungsvorhaben realisiert. Es sollen diejenigen Leistungen zuerst elektronisch angeboten werden, bei denen der daraus resultierende Nutzen für externe Zielgruppen und für die Verwaltung am grössten ist. Erfahrungen zeigen, dass die grössten Einsparungen in den Bereichen G2B und G2G zu erzielen sind. Einerseits fallen Transaktionen dort häufiger und regelmässiger an als bei Bürgerkontakten und andererseits wird eine schnellere Aufnahme beziehungsweise Nutzung der elektronischen Behördendienste von der Wirtschaft erwartet. Aus der Sicht der Unternehmen sind die (obligaten) Behördenkontakte ein Kostenfaktor. Insbesondere für die KMUs bedeutet der damit verbundene Aufwand eine Reduzierung der Produktivität.

## «G2B – effizient, transparent und flexibel»

Die Veranstaltung in der Reihe «E-Gov Fokus» hat zum Ziel, die heutige Situation in der Schweiz in Beziehung zum Potenzial von Government-to-Business zu setzen und wichtige sowie erfolgreiche Projekte aus dem In- und Ausland vorzustellen. Anhand von konkreten Praxisbeispielen werden die vielfältigen Wirkungen von G2B-Angeboten dargestellt. Zu den Referenten an der Tagung gehört auch Jean-Jacques Didisheim, Autor des oben stehenden Artikels.

### E-Gov Fokus

Freitag, 27.10.2006, 8.30 – 14.00 Uhr,  
Hotel Ador, Laupenstrasse 15, 3001 Bern  
Kostenbeitrag: CHF 220.–

Weitere Informationen und Anmeldung unter:  
[www.e-government.bfh.ch/G2B](http://www.e-government.bfh.ch/G2B)

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 25

Aufgrund dieser Überlegungen werden in der E-Government-Strategie Schweiz die Leistungen für die Wirtschaft prioritär behandelt. Die Strategie nennt folgende drei Ziele in der Reihenfolge ihrer Bedeutung:

1. Die Wirtschaft wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab.
2. Die Behörden haben ihre Prozesse optimiert und verkehren untereinander elektronisch.
3. Die Bevölkerung kann die wichtigsten - häufigen oder mit grossem Aufwand verbundenen - Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln.

#### In der Praxis durchsetzen

Das Ziel für die Kontakte mit der Wirtschaft ist eindeutig: Die Behörden sollen nicht nur ihre Dienste elektronisch anbieten. Es ist das erklärte Ziel, dass die Abwicklung der Behördengeschäfte durch die Unternehmen auch tatsächlich elektronisch erfolgt. Dies in Übereinstimmung mit dem Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zur

«Vereinfachung des unternehmerischen Alltags», den der Bundesrat im Januar 2006 verabschiedet hat. Der Bericht lanciert ein Aktionsprogramm mit über 100 Massnahmen zur administrativen Entlastung. Zwei der wichtigsten Massnahmen sind:

- Ausbau des elektronischen Datenverkehrs zwischen Unternehmen und Verwaltung und die
- Reduktion der rund 500 bundesrechtlichen Bewilligungen um 20 Prozent.

#### Sparpotenzial

Allein durch die Realisierung der wichtigsten dieser Massnahmen zur administrativen Entlastung werden die Schweizer Unternehmen gemäss einer groben Schätzung fast eine Milliarde Franken pro Jahr weniger für administrative Tätigkeiten einsetzen müssen.

Viele elektronische Behördendienste für die Wirtschaft wurden in den letzten Jahren bereits aufgebaut oder befinden sich derzeit im Aufbau. Eine nennenswerte Dienstleistung des Bundes ist zum Beispiel das KMU-Portal [www.kmu.admin.ch](http://www.kmu.admin.ch),

das nicht nur wichtige Informationen zu Themen wie Finanzen, Personal, Marketing und Verkauf anbietet, sondern auch die Gründung einer neuen Firma ermöglicht.

#### Handlungsbedarf

Es gibt aber noch Handlungsbedarf in mehreren wichtigen Bereichen. Um wieder nur ein Beispiel zu nennen: die automatisierte und elektronische Einreichung der Mehrwertsteuer, die zurzeit noch nicht möglich ist, birgt ein hohes Rationalisierungspotenzial sowohl seitens der Verwaltung wie auch bei den Unternehmen.

Weitere Beispiele sind im Katalog priorisierter Vorhaben dokumentiert. Der Katalog ist ein zentrales, dynamisches Umsetzungsinstrument der nationalen E-Government-Strategie. Er bezweckt eine Fokussierung und Priorisierung der gesamtschweizerischen Arbeiten und dokumentiert, an welchen E-Government-Leistungen und -Voraussetzungen in der jeweiligen Planungsperiode schwerpunktmässig gearbeitet werden soll. Ein Entwurf des Katalogs liegt vor. Er soll regelmässig durch das Steu-

rungsgremium beurteilt und bei Bedarf aktualisiert werden. Die E-Government-Strategie Schweiz ist ein wichtiger Schritt, die E-Government-Aktivitäten der unterschiedlichen föderalen Ebenen gemeinsam und abgestimmt voranzutreiben. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Behördendienste für die Wirtschaft ein. Durch den konsequenten IKT-Einsatz zur Optimierung dieser Dienstleistungen erhofft sich die Schweiz eine administrative Entlastung der Unternehmen sowie einen Vorteil im internationalen Wettbewerb um Standortattraktivität. Die Strategie und die dazugehörigen Unterlagen finden Sie auf der Webseite des ISB: [www.isb.admin.ch](http://www.isb.admin.ch)



Autor

**Jean-Jacques Didisheim**  
ist Leiter des Bereichs E-Government beim Informatikstrategieorgan Bund ISB.

Anzeige

**PostFinance** tut es – **Ramco** tut es – **Symantec** tut es – **salesforce.com** tut es – **Microsoft** tut es – **WWN UK** tut es – **Hewlett-Packard** tut es – **Isonet** tut es – **namics** tut es – **Veritas** tut es – **enteo Software** tut es – **Trivadis** tut es – **SUN Microsystems** tut es – **CA** tut es – **Genesis Communication** tut es – **Unic Internet Solutions** tut es – **The Knowledge Place** tut es – **SAS Institute** tut es – **Cybernet** tut es...  
... und viele andere haben es ebenfalls bereits getan.

Werbung im ICT-Newsletter  
«NetzwocheTicker» erreicht über  
11 900 Abonnenten... und dies  
täglich, fünf mal pro Woche.

# Viele tun es, warum nicht auch Sie?

[www.netzwocheticker.ch](http://www.netzwocheticker.ch)

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf,  
wir beraten Sie gern

E-Mail: [onlinewerbung@netzwoche.ch](mailto:onlinewerbung@netzwoche.ch)  
Telefon: 061 366 63 29, Daniel Veuillet  
oder holen Sie sich unsere  
Mediadaten unter: [www.netzwoche.ch](http://www.netzwoche.ch)

Verschaffen Sie sich Ihren  
persönlichen Informationsvorsprung

netzwoche

Unabhängige Schweizer Wochenzeitung  
für ICT und E-Business